

Ausschuß für Frauenpolitik
6. Sitzung

16.09.1988
ni-pr

verzichteten oftmals, um ihre häuslichen Pflichten wahrzunehmen, zumal die Arbeit in einer solchen Kommission die Lehrerinnen auch außerhalb der Unterrichtszeit binde. Außerdem wende man sich bei der Besetzung derartiger Gremien an Frauen, die über langjährige Berufserfahrung verfügten und durch Beförderungen in höhere Positionen gelangt seien, so daß sich die Auswahl dadurch wiederum reduziere. Betrachte man die entsprechenden Tabellen der 60er und 70er Jahre, müsse man konstatieren, daß die Bemühungen durchaus Früchte getragen hätten.

Frau Abg. Woldering (CDU) zitiert aus der Vorlage (s. S. 24) die Sätze: "Als besonders gute Informationsquelle haben sich die von den Arbeitsämtern eingerichteten Berufsinformationszentren (BIZ) bewährt. Sie werden von den Schulen gut in Anspruch genommen." und meint dazu, daß dies doch regional sehr unterschiedlich sei. Abiturienten erführen dort nicht immer das, was sie wünschten. Deshalb rege sie, Frau Woldering, an, auf eine regional gleich gute Ausstattung Wert zu legen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin kommt zurück auf die in der vorigen Ausschußsitzung geführte Grundsatzdiskussion zu dem Thema: Was kann Schule leisten - was sollte Schule tun? Einigkeit habe geherrscht, daß sich einerseits großer Handlungsbedarf zeige, andererseits allerdings schon sehr viel geschehe. Handlungsbedarf zeichne sich ab für die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Lehrplangestaltung und die Entwicklung des Lern- und Lehrmaterials. Der Kultusminister habe mit seinem Grundsatzerlaß von 1985 deutlich gemacht, daß frauenspezifische Belange berücksichtigt werden müßten, doch daß sich dies nur Schritt für Schritt vollziehen lasse, wisse inzwischen jeder.

Zu dem Komplex "Frauen in Leitungsfunktionen in der Schule" habe sie soeben eine Untersuchung gestartet, deren Ergebnisse vermutlich am Ende dieses Jahres vorlägen. Es werde erhofft, aus dieser Untersuchung Erkenntnisse zu gewinnen, was Frauen außer ihren häuslichen Verpflichtungen an der Übernahme von leitenden Funktionen hindere, um eventuelle Hemmnisse abzubauen.

MR Gutheim erstattet anschließend den Bericht des Kultusministers zur beruflichen Bildung:

Ich möchte das ergänzen, was Herr Minister Dr. Jochimsen soeben ausgeführt hat.

In der Berufsschule gibt es verschiedene Bereiche, in

Ausschuß für Frauenpolitik
6. Sitzung

16.09.1988
ni-pr

denen frauenbezogene Aktivitäten stattfinden, und zwar zum einen im Rahmen des Landesprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Seit 1983/84 wird dadurch eine vollzeitschulische Berufsausbildung durchgeführt. Der Anteil der Frauen an dieser Ausbildung liegt etwa gleichbleibend bei 75 %. Insgesamt sind in den beiden Fachstufen der Ausbildung ungefähr 3 800 Auszubildende betroffen. Es zeigt sich, daß diese Angebote, insbesondere in den eher traditionellen Frauenberufen Damenschneiderin und Hauswirtschafterin, von jungen Mädchen wahrgenommen werden. Diese Zahl erscheint recht hoch. In der Fachstufe zur Ausbildung zur Damenschneiderin befinden sich ca. 1 500 Auszubildende, in der zur Hauswirtschafterin rd. 1 400. Selbstverständlich haben wir überlegt, wie man vorsichtig steuernd eingreifen könnte, und haben uns von Anfang an darauf verständigt, daß der Kultusminister solche Maßnahmen nur genehmigt, wenn einerseits die Kammer festgestellt hat, daß ein Bedarf, der durch betriebliche Ausbildungsplätze nicht gedeckt werden kann, vorhanden ist und zum anderen der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes in einer arbeitsmarktpolitischen Bewertung zu dem Schluß gelangt, daß andere Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen. Im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes sind drittelparitätisch vertreten: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Verwaltung.

Wir stehen vor der Situation, einen sehr großen Anteil von Ausbildung in traditionellen Frauenberufen zu haben, sehen aber im Moment keine Möglichkeit, hier zusätzliche Kriterien anzulegen, weil uns von örtlicher Seite immer wieder versichert wird, es gebe keine Alternative.

Der zweite Bereich ist der Regelbereich Ausbildung in sog. Berufen nach Landesrecht, ein quantitativ kleinerer Bereich. Dabei handelt es sich vornehmlich um technische Assistenten. Beachtenswert ist darüber hinaus, daß es Berufe wie biologisch-technische Assistentin, Gestaltungsassistentin, Chemieassistentin und Präparationsassistentin gibt, in denen der Frauenanteil bei 84 % bis 86 % liegt, also ein hoher Anteil von Mädchen in Berufen, die nicht so sehr traditionell als Frauenberufe zu klassifizieren sind.

Einen dritten Bereich bilden die sog. sozialpflegerischen bzw. sozialpädagogischen Berufe. Dort findet sich ebenfalls traditionell ein sehr hoher Anteil an Mädchen. Zu diesem Spektrum zählen die Ausbildung zur Erzieherin, zur Kinderpflegerin, zur Gymnastiklehrerin, Heilpädagogin und zur Heilerziehungspflegerin. Die Frauenquote bewegt sich

Ausschuß für Frauenpolitik
6. Sitzung

16.09.1988
ni-pr

hier bei ungefähr 90 %. Die Schule nimmt alle diejenigen auf, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben. Will man also steuern, muß dies vorher geschehen.

Die Vorsitzende bittet, diesen Bericht einschließlich des Zahlenmaterials zur Verfügung zu stellen.

Für Abg. Jentsch (SPD) ist es unverständlich, daß Mädchen die Chance, sich in der berufsschulischen Vollzeitausbildung beispielsweise in Metallberufen ausbilden zu lassen, so wenig nutzen, obwohl auch die Industrie immer wieder betone, über zu wenige Fachkräfte zu verfügen und Mädchen einstellen zu wollen. Es müsse angesichts dieser Situation doch gelingen, einen Einstieg zu finden..

MR Gutheim informiert darüber, der Kultusminister habe in den Dienstbesprechungen mit den Schulaufsichtsbeamten immer wieder auf dieses Problem hingewiesen und hervorgehoben, sie mögen die Schulträger anregen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Und dies sei für traditionelle Männerberufe wie Betriebs-schlosser, Maschinenschlosser, Mechaniker, Elektroanlageninstallateur etc. auch verwirklicht worden, doch bedienten sich die Mädchen des ihnen gebotenen Zugangs nur in ganz geringem Umfange.

Es bleibe die Frage, wie Mädchen motiviert werden könnten, solche Maßnahmen anzunehmen. Man versuche es über die Presse und über das Arbeitsamt, aber das Ergebnis ermutige nicht.

Als einzige Lösung sieht Abg. Jentsch (SPD) eine Initiative, getragen gemeinsam von Politik, Schule und Wirtschaft. Jahrelang schon werde über dieses Problem diskutiert, nur gelinge es nicht, mehr als rd. 8 % der Mädchen anzusprechen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin ist überzeugt, daß sich, greife man nicht auch in bezug auf die vollzeitschulische Berufsausbildung und dort, wo das Land Maßnahmen finanziere, massiv steuernd ein, nichts verändern werde. Zahlreiche Erlasse seien inzwischen herausgegeben, Dienstbesprechungen geführt worden, doch hapere es an einer Bewusstseinsänderung bei denjenigen, die dies vor Ort umzusetzen hätten, wozu Eltern, die Schule, die Berufsberatung und die Betriebe zählten.

Mit den Regionalstellen im Rahmen des ZIM-Programmes versuche man, überregionale Netze zu schaffen. Sie sollten dazu beitragen, in einer Region alle Beteiligten einzubinden und in die Verantwortung zu nehmen.